



Monte dei Paschi macht Gewinn

Die italienische Krisenbank „Monte dei Paschi di Siena“ (MPS) hat im ersten Quartal unerwartet schwarze Zahlen geschrieben mit einem Gewinn von 188 Millionen Euro. Im Vorjahreszeitraum war noch ein Verlust von 169 Millionen Euro angefallen.

„Ein Damoklesschwert“

Trumps Iran-Strafen treffen Europas Wirtschaft

BERLIN/LUXEMBURG
DPA/MM

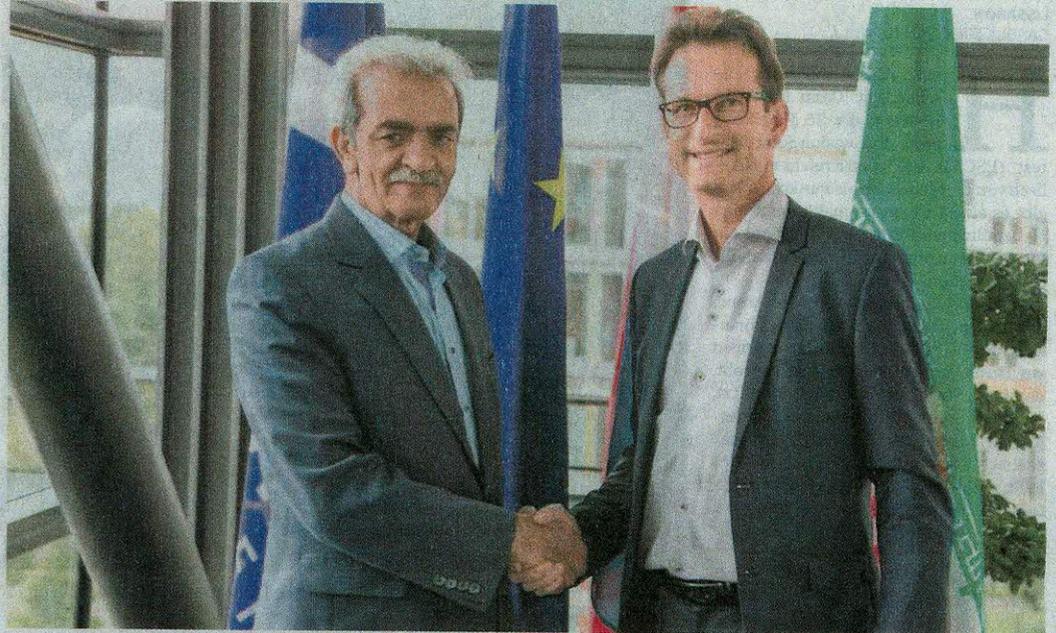
Von einem „Damoklesschwert“ spricht die Wirtschaft - die neuen US-Sanktionen gegen den Iran drohen auch Europas Unternehmen zu treffen. Der Kollateralschaden für die westlichen Partner scheint US-Präsident Donald Trump nicht sonderlich zu interessieren.

„So wie wir die Sanktionen lesen, haben wir im US-Sanktionsrecht keinen Altbestandsschutz“, sagt der Vize-Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), Volker Treier. Will heißen: Auch bestehende Geschäfte, zum Beispiel der Bau einer Maschinenfabrik, können nicht fortgeführt werden. Nach dem Erlass von Sanktionen bleibt eine Frist von maximal 180 Tagen, um die Geschäfte abzuwickeln. Sonst drohen den Unternehmen Strafen für ihre Geschäfte in den USA und/oder US-Firmen müssen ihre Aktivitäten mit dem Unternehmen beenden.

Das kritisierte auch der Generaldirektor der luxemburgischen Handelskammer, Carlo Thelen, im Gespräch mit dem „Journal“: Obwohl europäische Firmen sich im Einklang mit europäischem Recht befanden, wurden sie schon früher, vor der Aufhebung der Sanktionen gegen den Iran, von den USA zu Geldstrafen verurteilt, weil sie Geschäfte mit dem Iran machten. So musste die Commerzbank 2015 wegen Verstößen gegen amerikanische Sanktionen bei Geschäften mit dem Iran 1,45 Milliarden Dollar an US-Behörden zahlen. 2015 war auch die französische Großbank BNP Paribas dran. Sie einigte sich auf eine Strafzahlung von umgerechnet 6,9 Milliarden US Dollar. Und 2013 hatte die Deutsche Börse ihren Streit mit den USA wegen Geschäfte mit dem Iran mit einer Zahlung von 152 Millionen Dollar (113 Millionen Euro) beigelegt. Bei dem Verfahren ging es um den Vorwurf, dass die luxemburgische Tochter Clearstream bei Wertpapierübertragungen innerhalb ihres Abwicklungssystems US-Handelssanktionen missachtet und eingefrorenes Geld illegalerweise an den Golfstaat überwiesen haben soll. Derzeit sind in bei Clearstream 1,6 Milliarden US-Dollar wegen US-Gerichtsurteilen eingefroren, Geld, das die iranische Zentralbank zurückfordert.

Verbotene Geschäfte in US-Dollar sind strafbar - auch außerhalb der USA

Das Argument, das die USA gegenüber den Banken benutzte: Sie hatten ihre Geschäfte in der US-Währung ab-



Gholam Hossein Shafei, Präsident der iranischen Industrie- und Handelskammer wurde letzten Juli von Carlo Thelen, Generaldirektor der luxemburgischen Handelskammer, in Luxemburg empfangen

Foto: Chambre de Commerce Luxembourg

gewickelt. Wer aber verbotene Geschäfte - gleich wo in der Welt - in US-Dollar macht, macht sich in den USA strafbar. Die große Frage ist nun, was Europa machen kann, die europäischen Unternehmen vor amerikanischen Sanktionen zu schützen. Geschäfte mit dem Iran nur noch in Euro?

„Wenn wir sagen, wir respektieren den Vertrag, den wir mit dem Iran abgeschlossen haben, dann müssen wir

in Kraft. Im Gegenzug zum Verzicht auf das Streben nach einer Atombombe und Kontrolle der Uran-Anreicherung wurden die Iran-Sanktionen der USA und der EU weitgehend aufgehoben. Der Flugzeugbauer Airbus hatte Ende 2016 mit Iran Air einen Großauftrag über 98 Verkehrsflugzeuge abgeschlossen. Davon wurde eines bisher direkt ausgeliefert, sagte ein Sprecher. Im Orderbuch des Unternehmens verblieben also 97 Maschinen -

Airbus prüft, ob das Geschäft nun gefährdet ist.

Die Finanzierung und Absicherung der Geschäfte mit iranischen Partnern war wie gesagt schon zu-

vor schwer, weil viele Banken das Risiko von US-Sanktionen nicht eingehen wollen. Doch ohne die Begleitung internationaler Banken sind Großinvestitionen wie ein Projekt des Chemiekonzerns BASF oder der Verkauf von Airbus-Jets nicht durchführbar. Hier setzt der Hebel der US-Sanktionen an: Keine Großbank kann es sich leisten, vom US-Markt ausgeschlossen zu werden. ●

„Die EU muss europäische Firmen schützen“

CARLO THELEN, Generaldirektor der „Chambre de Commerce Luxembourg“

auch die Firmen schützen und ihnen erlauben, im Iran aktiv zu sein ohne vor überdimensionierten Risiken Angst haben zu müssen“, sagt Thelen. Jetzt müsse Europa sagen: Entweder stehen wir zum Atomdeal oder nicht. Und wenn man dazu steht, müssen auch die Betriebe geschützt werden, die mit dem Iran Handel betreiben. Das Abkommen mit dem Iran trat Anfang 2016